

Privat- und Familienleben zwischen Menschenrecht und Migration

Eine Untersuchung zu Bedeutung,
Rechtsprechung und Möglichkeiten von
Art. 8 EMRK im Ausländerrecht

Von

Martina Caroni



Duncker & Humblot • Berlin

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
1. Teil: Die Achtung des Privat- und Familienlebens als Menschenrecht	5
1. Kapitel: Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens in Art. 8 EMRK.....	5
2. Kapitel: Weitere Privat- und Familienleben schützende menschenrechtliche Bestimmungen.....	60
2. Teil: Familiennachzug und aufenthaltsbeendende Massnahmen im Ausländerrecht	87
3. Kapitel: Nachzug und aufenthaltsbeendende Massnahmen im schweizerischen Ausländerrecht.....	87
4. Kapitel: Nachzug und aufenthaltsbeendende Massnahmen im österreichischen Ausländerrecht.....	125
5. Kapitel: Nachzug und aufenthaltsbeendende Massnahmen im französischen Ausländerrecht.....	145
3. Teil: Artikel 8 EMRK in der ausländerrechtlichen Rechtsprechung innerstaatlicher und internationaler Instanzen	170
6. Kapitel: Familienleben i.S. von Art. 8 EMRK und weitere Eintretensvoraussetzungen.....	171
7. Kapitel: Das Vorliegen eines Eingriffes in das Privat- und Familienleben...	210
8. Kapitel: Die Rechtfertigung eines Eingriffes bzw. die Prüfung einer positiven Verpflichtung.....	328
9. Kapitel: Zusammenfassung und Würdigung.....	427

4. Teil: Effektiver und wirksamer Schutz des Privat- und Familienlebens im Ausländerrecht - eine Utopie?	435
10. Kapitel: Gesichtspunkte eines effektiven Schutzes des Privat- und Familienlebens in einer Einwanderungsgesellschaft.....	436
11. Kapitel: Effektiver und wirksamer Schutz des Privat- und Familienlebens in einer Einwanderungsgesellschaft - keine Utopie.....	468
Schlussbetrachtung	493
Materialien	495
Literaturverzeichnis	496
Stichwortverzeichnis	515

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Erster Teil

Die Achtung des Privat- und Familienlebens als Menschenrecht 5

Erstes Kapitel

Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens in Art. 8 EMRK 5

A.	Der Begriff der „Achtung“ des Privat- und Familienlebens	7
I.	Achtung des Privat- und Familienlebens als Abwehrrecht	7
II.	Achtung des Privat- und Familienlebens als positive Verpflichtung	8
III.	Konzeptionelle Unterschiede zwischen negativen und positiven Verpflichtungen und ihre Folgen	9
B.	Vorgehen der Konventionsorgane bei der Prüfung einer Beeinträchtigung des Privat- und Familienlebens	11
C.	Schutzbereich des Rechtes auf Achtung des Privatlebens	13
D.	Schutzbereich des Rechtes auf Achtung des Familienlebens: Der Begriff des Familienlebens	21
I.	Als Familienleben i.S. von Art. 8 Abs. 1 EMRK geschützte Beziehungen	26
1.	Eheliche und nichteheliche Beziehungen	26
a)	Beziehung unter Ehegatten	26
b)	Nichteheliche Lebensgemeinschaft	27
c)	Beabsichtigte eheliche Gemeinschaft	28
2.	Beziehung zwischen Eltern und Kindern	29
a)	Beziehung zwischen Eltern und minderjährigen Kindern	29
b)	Beziehung zwischen Adoptiveltern und Adoptivkindern	32
c)	Beziehung zwischen Pflegeeltern und Pflegekindern	32
d)	Beziehung zwischen Stiefeltern und Stiefkindern	33
e)	Beziehung zwischen Eltern und erwachsenen Kindern	33
3.	Weitere familiäre Beziehungen	34
4.	Vom Schutzbereich des Familienlebens nicht erfasste Beziehungen	35

II.	Inhalt des Rechtes auf Achtung des Familienlebens - das Vorliegen eines Eingriffs.....	36
E.	Die Rechtfertigung eines Eingriffes in das Privat- und Familienleben nach Art. 8 Abs. 2 EMRK.....	38
I.	Das Erfordernis der gesetzlichen Grundlage.....	39
II.	Das Erfordernis des zulässigen Zwecks.....	42
III.	Die Notwendigkeit eines Eingriffes in einer demokratischen Gesellschaft.....	46
1.	Dringendes soziales Bedürfnis.....	47
2.	Die Verhältnismässigkeit des Eingriffs.....	48
3.	Die Bedeutung des Verweises auf eine demokratische Gesellschaft.....	49
IV.	Zulässigkeit immanenter Schranken?.....	51
F.	Die Prüfung des Vorliegens einer positiven Verpflichtung.....	52
G.	Geltung und Bedeutung des Rechtes auf Achtung des Privat- und Familienlebens im Ausländerrecht.....	53

Zweites Kapitel

Weitere Privat- und Familienleben

schützende menschenrechtliche Bestimmungen 60

A.	Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte.....	61
I.	Der Schutz der Privatsphäre in Art. 17 Pakt II.....	62
1.	Die Rechtsprechung des Menschenrechtsausschusses zu Art. 17 Pakt II im Rahmen des Familiennachzuges.....	65
2.	Die Rechtsprechung des Menschenrechtsausschusses zu Art. 17 Pakt II bei aufenthaltsbeendenden Massnahmen.....	66
II.	Das Verbot willkürlicher Ausweisungen aus dem „eigenen Land“ in Art. 12 Abs. 4 Pakt II.....	67
B.	Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes.....	73
I.	Die Familienzusammenführung - Art. 10KRK.....	74
II.	Der Schutz der Privatsphäre - Art. 16KRK.....	77
C.	Die Europäische Sozialcharta.....	79
D.	Die Internationale Konvention zum Schütze der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen.....	81
E.	Die Europäische Konvention über die rechtliche Stellung von Wanderarbeitnehmern.....	83
F.	Exkurs: Nachzug im Rahmen der Europäischen Union.....	84

*Zweiter Teil***Familiennachzug und aufenthaltsbeendende
Massnahmen im Ausländerrecht** 87

Drittes Kapitel

**Nachzug und aufenthaltsbeendende
Massnahmen im schweizerischen Ausländerrecht** 87

A.	Die Regelung des Familiennachzuges im schweizerischen Ausländerrecht...	90
I.	Rechtsanspruch auf Familiennachzug	91
	1. Der Anspruch auf Familiennachzug für Niedergelassene nach Art. 17 Abs. 2 ANAG.....	91
	2. Der Anspruch ausländischer Ehepartner von Schweizer Bürgern aus Art. 7 Abs. 1 ANAG.....	95
	3. Der Anspruch von Schweizer Bürgern auf Nachzug ihrer Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit.....	95
	4. Der Anspruch aus Art. 8 EMRK.....	96
	5. Familiennachzug für Flüchtlinge, denen Asyl gewährt wurde.	98
II.	Bewilligung des Nachzuges als Ermessensentscheid.....	98
	1. Der Familiennachzug für Personen mit Aufenthaltsbewilligung	99
	2. Aufenthalt minderjähriger ausländischer Kinder während eines Adoptionspflegeverhältnisses.....	103
	3. Familiennachzug für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer.....	105
	4. Familiennachzug vorläufig aufgenommener Flüchtlinge.....	106
III.	Ausschluss des Familiennachzuges.....	106
	1. Die Ausschlussbestimmung in Art. 38 Abs. 2 BVO.....	106
	2. Familiennachzug während des Asylverfahrens.....	107
IV.	Ansprüche auf Familiennachzug aus bilateralen Abkommen.....	107
	1. Das Abkommen zwischen der Schweiz und Italien über die Aus- wanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz vom 10. August 1964.....	107
	2. Die Vereinbarung zwischen der Schweiz und Liechtenstein von 1963.....	108
	3. Ansprüche auf Familiennachzug aus Niederlassungsverträgen?	109
B.	Aufenthaltsbeendende Massnahmen und deren Auswirkungen auf das Fa- milienleben.....	110
I.	Der Widerruf der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung	111
II.	Die Ausweisung.....	113
	1. Die fremdenpolizeiliche Ausweisung nach Art. 10 ANAG.....	113
	2. Die strafrechtliche Landesverweisung nach Art. 55 StGB.....	116
	3. Die politische Ausweisung nach Art. 70 BV.....	118
III.	Die Wegweisung.....	119

IV. Die Heimschaffung.....	119
V. Einreiseperrre und Einreisebeschränkung.....	120
VI. Völkerrechtliche Schranken des Vollzugs einer Aus- oder Wegweisung	121
C. Fazit.....	122

Viertes Kapitel

Nachzug und aufenthaltsbeendende

Massnahmen im österreichischen Ausländerrecht

125

A. Die Regelung des Familiennachzuges im österreichischen Fremdenrecht . . .	127
I. Rechtsanspruch auf Familiennachzug.....	127
1. Rechtsansprüche auf Familiennachzug nach dem Aufenthaltsgesetz 1992 sowie dem Fremdengesetz 1992.....	127
2. Rechtsansprüche auf Familiennachzug nach dem Fremdengesetz 1997.....	129
a) Grundsatz: Familiennachzug für Angehörige auf Dauer niedergelassener Ausländerinnen und Ausländer.....	129
b) Rechtsanspruch auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung für Familienangehörige von Bürgern eines EWR-Staates.	131
c) Rechtsanspruch auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung an nahe Verwandte österreichischer Staatsangehöriger.	132
d) Aufenthaltsrecht für Familienangehörige von Flüchtlingen, denen Asyl gewährt wurde.....	132
II. Bewilligung des Nachzuges als Ermessensentscheid.....	133
1. Die Bestimmungen des Fremdengesetzes 1992 bzw. des Aufenthaltsgesetzes 1992.....	133
2. Die Bestimmungen des Fremdengesetzes 1997.....	134
a) Von den speziellen Nachzugsbestimmungen nicht erfasste Verwandte von in Österreich lebenden Familienangehörigen.	134
b) Familienangehörige von Fremden mit befristeter Aufenthaltsberechtigung.....	135
III. Ausgeschlossener Familiennachzug.....	136
B. Aufenthaltsbeendende Massnahmen und deren Auswirkungen auf das Familienleben.....	136
I. Die Bestimmungen des Fremdengesetzes 1992.....	137
1. Die Ausweisung.....	137
2. Das Aufenthaltsverbot.....	137
II. Die Bestimmungen des Fremdengesetzes 1997.....	138
1. Die Ausweisung.....	138
a) Ausweisung von Fremden ohne Aufenthaltstitel.....	138
b) Ausweisung von Fremden mit Aufenthaltstiteln.....	139

2. Das Aufenthaltsverbot.....141
 3. Der Schutz des Privat- und Familienlebens bei Ausweisungen und
 Verfügung von Aufenthaltsverboten.....142
 C. Fazit.....142

Fünftes Kapitel

Nachzug und aufenthaltsbeendende

Massnahmen im französischen Ausländerrecht

145

A. Die Regelung des Familiennachzuges im französischen Ausländerrecht 148
 I. Nachzug von Familienangehörigen in Frankreich wohnhafter Auslän-
 derinnen und Ausländer.....150
 II. Besondere Bestimmungen über den Familiennachzug aufgrund bilate-
 raler Staatsverträge.....154
 III. Familiennachzug für Angehörige von EU/EWR-Staaten.....154
 IV. Rechtsanspruch von ausländischen Ehepartnern französischer Staats-
 angehöriger auf Erteilung eines Aufenthaltstitels.....155
 V. Rechtsanspruch von ausländischen Eltern minderjähriger Kinder fran-
 zösischer Staatsangehörigkeit auf Erteilung eines Aufenthaltstitels. . . . 156
 VI. Rechtsanspruch von ausländischen Kindern französischer Staatsange-
 höriger auf Erteilung eines Aufenthaltstitels.....157
 VII. Rechtsanspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Schutz der
 persönlichen Beziehungen in Frankreich.....158
 VIII. Die Erteilung eines Aufenthaltstitels an anerkannte Flüchtlinge und
 deren Familienangehörige.....158
 IX. Die Erteilung eines Aufenthaltstitels an Staatenlose und deren Fami-
 lienangehörige.....159
 X. Kein Familiennachzug für Asylsuchende während eines hängigen Asyl-
 verfahrens.....159
 B. Aufenthaltsbeendende Massnahmen und deren Auswirkungen auf das Fami-
 lienleben.....159
 I. Die Nichterneuerung und der Widerruf der carte de séjour temporaire. 160
 II. Der Widerruf der carte de resident.....161
 III. Die Wegweisung («reconduite à la frontière»).....161
 IV. Die Ausweisung («expulsion»).....162
 V. Das Aufenthaltsverbot («interdiction du territoire»).....166
 C. Fazit.....167

<i>Dritter Teil</i>	
Artikel 8 EMRK in	
der ausländerrechtlichen Rechtsprechung	
innerstaatlicher und internationaler Instanzen	
	170
 Sechstes Kapitel	
Familienleben i.S. von Art. 8 EMRK	
und weitere Eintretensvoraussetzungen	
	171
A. Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	171
I. Die allgemeinen Grundsätze des Bestehens von Familienleben.....	171
II. Massgeblicher Zeitpunkt für das Bestehen von Familienleben.....	173
III. Insbesondere im Ausland geschlossene Ehen.....	173
IV. Insbesondere Familienleben von Angehörigen der zweiten Generation	177
V. Geltendmachung des Anspruchs auf Achtung des Privatlebens in aus-	
länderrechtlichen Fällen.....	178
B. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	179
I. Der Kreis der „nahen Verwandten“.....	184
II. Das Bestehen einer tatsächlich gelebten und intakten familiären Bezie-	
hung.....	187
III. Die Voraussetzung des „gefestigten Anwesenheitsrechtes“ der in der	
Schweiz lebenden Familienangehörigen.....	188
IV. Ausschluss der Berufung auf Art. 8 EMRK bei Rechtsmissbrauch? . . .	190
1. Rechtsmissbrauch durch die sich auf Art. 8 EMRK berufende Per-	
son.....	190
2. Rechtsmissbräuchliche Berufung auf Art. 8 EMRK durch das wäh-	
rend der Scheinehe geborene Kind?.....	192
V. Würdigung der bundesgerichtlichen Praxis im Lichte der Rechtspre-	
chung der Konventionsorgane.....	192
C. Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen	
Rechtes.....	198
I. Relevantes Privat- und Familienleben.....	198
II. Einschränkung der Geltendmachung: Kein Beschwerderecht der indi-	
rekt betroffenen Familienangehörigen.....	200
III. Einschränkung der Geltendmachung: Faktischer Ausschluss einer Be-	
rufung auf Privat- und Familienleben in gewissen Konstellationen . . .	201
D. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	203
I. Die Geltendmachung von Art. 8 EMRK in ausländerrechtlichen Fällen	204
II. Relevantes Privat- und Familienleben.....	204
E. Würdigung.....	207

Siebentes Kapitel

**Das Vorliegen eines Eingriffes in
das Privat- und Familienleben**

210

A.	Voraussetzungen des Vorliegens eines Eingriffes.....	210
I.	Der Ansatz der Europäischen Kommission für Menschenrechte: Die Unzumutbarkeit bzw. Unmöglichkeit der Ausreise als Eingriffsvoraussetzung - „elsewhere approach“ und „connections approach“.....	210
II.	Der Ansatz des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.....	213
III.	Der Ansatz des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	213
1.	Die ersten Entscheide.....	214
2.	Die Präzisierung der Rechtsprechung.....	215
3.	Bedeutung der Zumutbarkeitsfrage und Prüfungsmaßstab.....	216
4.	Die Prüfung der Zumutbarkeit der Ausreise.....	218
a)	Zumutbarkeit bzw. Unzumutbarkeit der Ausreise „ohne weiteres“ feststellbar.....	218
b)	Vorgezogene Güterabwägung zur Feststellung der Zumutbarkeit bzw. Unzumutbarkeit der Ausreise.....	221
IV.	Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes.....	222
V.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	223
VI.	Würdigung.....	224
B.	Nachzugsfälle.....	227
I.	Nachzug von Ehegatten.....	227
1.	Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	228
2.	Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.....	230
3.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	231
4.	Die Rechtsprechung des österreichischen Verfassungsgerichtshofes.....	232
5.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	233
II.	Nachzug minderjähriger Kinder.....	234
1.	Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	234
2.	Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.....	237
3.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	239
a)	Nachzug eines Kindes zu seinen in der Schweiz lebenden Eltern.....	239
b)	Nachzug eines Kindes zu seinem in der Schweiz lebenden Elternteil.....	241
c)	Nachzug minderjähriger Adoptivkinder.....	243
4.	Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie des französischen Conseil d'Etat.....	244

III.	Weitere Nachzugssituationen.....	245
1.	Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	245
a)	Nachzug im Ausland lebender Elternteile minderjähriger Kinder	245
b)	Nachzug erwachsener Kinder bzw. der Eltern erwachsener Kinder.....	246
c)	Weitere Nachzugskonstellationen.....	247
2.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	248
a)	Nachzug erwachsener Kinder bzw. von Eltern oder Elternteilen erwachsener Kinder.....	248
b)	Nachzug weiterer Familienangehöriger.....	249
3.	Die Rechtsprechung des österreichischen Verfassungsgerichtshofes	249
4.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	250
C.	Beeinträchtigung der Beziehung zwischen Ehegatten durch aufenthaltsbeendende Massnahmen.....	251
I.	Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen ausländische Ehegatten von Staatsangehörigen.....	252
1.	Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	252
2.	Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.....	256
3.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	256
4.	Die Rechtsprechung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes	258
5.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	258
II.	Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Ehegatten aufenthaltsberechtigter Ausländerinnen und Ausländer.....	260
1.	Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	260
2.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	265
3.	Die Rechtsprechung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes	267
4.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	268
D.	Beeinträchtigung der Beziehung zwischen Eltern und minderjährigen Kindern durch aufenthaltsbeendende Massnahmen.....	268
I.	Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen die Eltern oder den sorgeberechtigten Elternteil.....	269
1.	Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	269
2.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	276
3.	Die Rechtsprechung des österreichischen Verfassungsgerichtshofes	277
4.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	278
II.	Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen den nicht sorgeberechtigten Elternteil.....	280
1.	Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	281

2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	284
3. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	286
III. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen minderjährige Kinder.....	287
E. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Angehörige der zweiten Generation.....	288
I. Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	288
II. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	293
III. Die Rechtsprechung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes....	294
IV. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d' Etat.....	295
F. Weitere Fälle der Beeinträchtigung von Privat- oder Familienleben durch aufenthaltsbeendende Massnahmen.....	296
I. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen langjährig in einem Staat wohnhaft gewesene Fremde - Eingriff in das Privatleben?.....	297
1. Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	298
a) Darstellung der Praxis.....	298
aa) Familienangehörige im betreffenden Land.....	298
bb) Keine weiteren Familienangehörigen im betreffenden Land	301
b) Analyse der Rechtsprechung.....	301
2. Die Praxis des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.	303
3. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes	305
4. Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes.....	306
5. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	308
II. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Partner einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft.....	309
1. Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	309
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes	312
3. Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes.....	313
4. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	313
III. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	314
1. Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	314
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes	316
3. Die Rechtsprechung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes	318
4. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	318
IV. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen eine ganze Familie.....	319
1. Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	319
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes	320

3.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	322
V.	Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen weitere Familienangehörige	322
1.	Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	323
2.	Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes.....	323
3.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	324
VI.	Vollstreckung aufenthaltsbeendender Massnahmen gegen einzelne Familienangehörige.....	324

Achtes Kapitel

Die Rechtfertigung eines Eingriffes bzw. die Prüfung einer positiven Verpflichtung

328

A.	Elemente der Rechtfertigung eines Eingriffes in das Privat- und Familienleben nach Art. 8 Abs. 2 EMRK.....	328
I.	Das Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage für den Eingriff.....	329
1.	Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	329
2.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	329
3.	Die Rechtsprechung des österreichischen Verfassungsgerichtshofes	330
4.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	334
II.	Das Erfordernis des zulässigen Zweckes der Massnahme.....	334
1.	Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	334
a)	Eingriffsmassnahmen gegen straffällig gewordene Ausländerinnen und Ausländer.....	334
b)	Eingriffsmassnahmen gegen andere Ausländerinnen und Ausländer.....	335
2.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	336
3.	Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes.....	337
4.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	338
III.	Das Erfordernis der Notwendigkeit des Eingriffes in einer demokratischen Gesellschaft - Aspekte der Verhältnismässigkeitsprüfung.....	338
1.	Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	339
a)	Die Schwere des Eingriffes in das Recht auf Achtung des Familienlebens.....	339
aa)	Familiäre Umstände der Beschwerdeführer.....	339
bb)	Persönliche Umstände der Beschwerdeführer.....	343
cc)	Weitere relevante Aspekte.....	347
b)	Die Interessen des Staates.....	349

aa)	Interessen des Staates bei Eingriffen zum Schutze der öffentlichen Ruhe und Ordnung etc. gegen straffällig gewordene Fremde.....	349
bb)	Interessen des Staates bei ausländerrechtlichen Delikten. . . .	353
cc)	Interessen des Staates in den übrigen Fällen.....	354
2.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	356
a)	Die Bestimmung der Schwere des Eingriffes in das Familienleben.....	356
aa)	Familiäre Umstände der direkt betroffenen Ausländerinnen und Ausländer.....	357
bb)	Persönliche Umstände der direkt betroffenen Ausländerinnen und Ausländer.....	358
cc)	Weitere relevante Aspekte.....	359
b)	Die Gewichtung der öffentlichen Interessen.....	361
aa)	Gewicht des öffentlichen Interesses bei straffällig gewordenen Ausländerinnen und Ausländern.....	361
bb)	Gewicht des öffentlichen Interesses in den übrigen Fällen... ..	364
3.	Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes.....	365
a)	Die Bestimmung der Schwere des Eingriffes in das Familienleben.....	366
b)	Die Bestimmung der Schwere eines Eingriffes in das Privatleben.....	367
c)	Die Gewichtung der öffentlichen Interessen.....	368
4.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	369
a)	Die Bestimmung der Schwere des Eingriffes in das Privat- und Familienleben.....	370
b)	Die Gewichtung des öffentlichen Interesses.....	371
B.	Die Prüfung des Bestehens einer positiven Verpflichtung.....	371
I.	Die Schwere der Beeinträchtigung der privaten Interessen am Schutz des Familienlebens.....	373
1.	Familiäre Umstände der Beschwerdeführer.....	373
2.	Persönliche Umstände der Beschwerdeführer.....	374
3.	Weitere relevante Aspekte.....	375
II.	Die staatlichen Interessen.....	377
C.	Prüfung der Verhältnismässigkeit einer ausländerrechtlichen Massnahme in einzelnen Fallkonstellationen.....	378
I.	Nachzug von Ehegatten.....	378
1.	Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	378
2.	Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.	380
3.	Die Rechtsprechung des österreichischen Verfassungsgerichtshofes	381
4.	Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	381
II.	Nachzug minderjähriger Kinder.....	382

1. Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	382
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	386
III. Weitere Nachzugskonstellationen.....	389
1. Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	389
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	390
3. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	391
IV. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Ehegatten.....	392
1. Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	392
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	394
3. Die Rechtsprechung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes.....	398
4. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	399
V. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Eltern bzw. den sorgeberechtigten Elternteil minderjähriger Kinder.....	402
1. Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	402
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	403
3. Die Rechtsprechung des österreichischen Verfassungsgerichtshofes.....	403
4. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	404
VI. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen einen nicht sorgeberechtigten Elternteil.....	405
1. Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	405
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	406
VII. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Angehörige der zweiten Generation.....	408
1. Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	409
2. Die Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichtes.....	415
3. Die Rechtsprechung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes.....	417
4. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	418
VIII. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen langjährig in einem Land ansässig gewesene Fremde.....	420
1. Die Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	420
2. Die Rechtsprechung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes.....	422
IX. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	423
1. Die Rechtsprechung der Europäischen Kommission für Menschenrechte.....	423
2. Die Rechtsprechung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes.....	424
3. Die Rechtsprechung des französischen Conseil d'Etat.....	425

Neuntes Kapitel

Zusammenfassung und Würdigung 427

- A. Zusammenfassung der Rechtsprechung.....427
 B. Würdigung der Rechtsprechung.....429

*Vierter Teil***Effektiver und wirksamer Schutz des Privat- und Familienlebens im Ausländerrecht - eine Utopie?** 435

Zehntes Kapitel

Gesichtspunkte eines effektiven Schutzes des Privat- und Familienlebens in einer Einwanderungsgesellschaft 436

- A. Die Ausgangslage.....436
 B. Gesellschaftspolitische Entwicklungen und ihre Bedeutung für einen effektiven Schutz des Privat- und Familienlebens in einer Einwanderungsgesellschaft.....438
 I. Die Notwendigkeit einer konsequent verfolgten und aktiven Integrationspolitik.....439
 II. Die Notwendigkeit einer an der gesellschaftlichen Realität orientierten Politik.....441
 III. Dennoch: Der Staat als Garant von Ruhe und Ordnung.....442
 C. Rechtliche Entwicklung und ihre Bedeutung für einen effektiven Schutz des Privat- und Familienlebens in einer Einwanderungsgesellschaft.....444
 D. Methodische Aspekte eines effektiven und wirksamen Schutzes des Privat- und Familienlebens.....445
 I. Sachgerechte Zuordnung des Sachverhaltes.....446
 II. Positive Verpflichtungen als „Eingriff i.S. von Art. 8 Abs. 2 EMRK.. 447
 III. Das Vorliegen eines Eingriffes.....450
 IV. Das Recht auf Achtung des Familienlebens - ein Individualrecht mit kollektivem Aspekt - Auswirkungen auf die Güterabwägung450
 1. Gesichtspunkte der Interessenabwägung.....453
 2. Folgerungen für die Prüfung der Verhältnismässigkeit ausländerrechtlicher Eingriffe in das Familienleben.....454
 E. Synthese: Umriss eines sachgerechten Prüfungsprogrammes und Leitideen der Entscheidungsfindung.....454
 I. Prüfungsprogramm.....455
 1. Ist ein Schutzbereich von Art. 8 EMRK betroffen?.....455

2. Liegt ein Eingriff in den betroffenen Schutzbereich vor?	456
3. Ist der Eingriff gerechtfertigt?.....	457
4. Das Diskriminierungsverbot von Art. 14 EMRK	458
II. Leitideen der Entscheidungsfindung.....	458
F. Exkurs: Weitere für den Schutz des Privat- und Familienlebens relevante Konventionsgarantien.....	459
I. Das Recht auf Eheschliessung und Gründung einer Familie in Art. 12 EMRK.....	459
II. Das Diskriminierungsverbot in Art. 14 EMRK.....	461

Elftes Kapitel

Effektiver und wirksamer Schutz des Privat- und Familienlebens in einer Einwanderungsgesellschaft - keine Utopie 468

A. Einzelne Fallkonstellationen.....	468
I. Beeinträchtigung der Beziehung zwischen Ehegatten	468
II. Beeinträchtigung der Beziehung zwischen Eltern und minderjährigen Kindern.....	469
1. Nachzug minderjähriger Kinder zu ihren Eltern bzw. zu einem Elternteil.....	470
2. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen die Eltern oder den sorgeberechtigten Elternteil.....	471
3. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen den nicht sorgeberechtigten Elternteil.....	473
4. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen minderjährige Kinder....	474
5. Einreise bzw. Nachzug im Ausland lebender Eltern/Elternteile zu ihren minderjährigen Kindern.....	475
III. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen Angehörige der zweiten Generation.....	476
IV. Beeinträchtigung nichtehelicher Partnerschaften durch ausländerrechtliche Massnahmen.....	480
V. Beeinträchtigung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften durch ausländerrechtliche Massnahmen.....	481
VI. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen langjährig in einem Land wohnhaft gewesene Fremde.....	482
VII. Aufenthaltsbeendende Massnahmen gegen alle Familienangehörige	483
VIII. Ausländerrechtliche Beeinträchtigung der Beziehung zwischen weiteren Familienangehörigen.....	484
B. Folgerungen für die innerstaatliche Rechtsprechung in Einwanderungs- und Ausweisungsfragen.....	485
I. Schweiz.....	486

1. Die Geltendmachung von Art. 8 EMRK: Verzicht auf die Eintretensvoraussetzung des gefestigten Anwesenheitsrechtes.....	487
2. Auch der Teilgehalt des Privatlebens vermag u.U. einen Anspruch auf Schutz einzuräumen.....	488
3. Das Vorliegen eines Eingriffes in das Familienleben: Verzicht auf die Zumutbarkeitsprüfung als zusätzliche Eingriffsvoraussetzung...	489
4. Die Rechtfertigungsprüfung: Umfassende Interessen- und Verhältnismässigkeitsprüfung unter Berücksichtigung der eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen.....	490
5. Der Dualismus zwischen fremdenpolizeilicher und strafrechtlicher Landesverweisung.....	491
II. Österreich und Frankreich.....	491
Schlussbetrachtung.....	493
Materialien.....	495
Literaturverzeichnis.....	496
Stichwortverzeichnis.....	515